

Es bedurfte somit also nicht Ihres Antrages, um das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Das hat der Bundesgesundheitsminister gemacht. Wir werden wachsam darauf schauen, dass dieser Prozess der Medikamentensicherheit und der Medikamentenversorgung weitergeht, und ich bin auch ganz zuversichtlich, dass wir alle aus den Lieferengpässen, aus den gestörten Lieferketten und vielen anderen Problemen, die vielleicht in der Zukunft noch auf uns zukommen, sowohl in Deutschland als auch in Europa gelernt haben und noch lernen werden.

Deshalb lehnen wir Ihren Antrag voller Überzeugung ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Das Wort hat nun für die Fraktion der Grünen die Kollegin Thoms.

Meral Thoms (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieferengpässe beobachten wir weltweit bei zahlreichen Medikamentengruppen. Lieferengpässe bedeuten einen erheblichen Mehraufwand für Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker und eine große Verunsicherung für Patientinnen und Patienten und gerade auch für viele Eltern von kranken Kindern.

Die Ursachen von Lieferengpässen – das haben wir in den Debattenbeiträgen gehört – sind vielfältig. Im Kern hat der Kostendruck im Gesundheitswesen zu einer Globalisierung des Arzneimittelmarktes geführt. Wir sind heute auf globale Lieferketten angewiesen. Das wollen wir ändern.

Der Bundesgesundheitsminister hat im Referentenentwurf erste Vorschläge auf den Tisch gelegt. Auch das haben wir eben schon gehört. Insbesondere eine Diversifizierung der Lieferketten könnte hier einen Unterschied machen. Gleichzeitig stehen wir in der Debatte über die richtigen Maßnahmen zur Rückverlagerung von wichtigen Produktionslinien nach Europa erst am Anfang. Das muss man ehrlicherweise sagen.

Was uns heute keinen Schritt weiterhelfen wird, ist der vorliegende Antrag. Das Land NRW hat für die vorgeschlagenen Maßnahmen häufig keine rechtlichen Kompetenzen, so gerne wir hier auch Änderungen einleiten würden. Auch wäre ein einseitiges Handeln der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht sinnvoll. Gerade in Zeiten von Lieferengpässen brauchen wir sicherlich keine Kampagne, durch die 16 Bundesländer den Medikamentenmarkt durch ländereigene Bevorratungsregelungen leerkaufen.

Auf Bundesebene macht es hingegen sehr wohl Sinn, wenn man bei zukünftigen Rabattverträgen mit den Krankenkassen eine mehrmonatige Lagerung

durch die Hersteller vorschreibt. So wird dann ein Schuh daraus.

Wir sehen: Die AfD hat hier nichts anzubieten, um die Lage der Menschen in diesem Land zu verbessern. Es wird auch nicht dadurch besser, dass Sie alle paar Jahre die gleichen schlechten Anträge vorlegen. Ich bitte Sie, den vorliegenden Antrag abzulehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich wollen wir alle eine stabile Medikamenten- und Arzneimittelversorgung für die Menschen in unserem Land haben. Niemand wünscht sich Bilder von verzweifelten Eltern, die von Apotheke zu Apotheke laufen, um das entsprechende Medikament für ihre Kinder zu kriegen. Auch hörte ich von einem Fall, in dem für eine Brustkrebspatientin die Medikamente zur Nachsorge nicht vorrätig waren.

Alle zivildemokratischen Fraktionen haben schon sehr viel Richtiges zu diesem Antrag gesagt. Mich stört an diesem Antrag vor allem: Er ist eigentlich eine einzige Globalisierungs- und Kapitalismuskritik und fordert zu irgendwelchen Schnellschüssen auf. Dieses Thema kann man nicht im Klein-Klein lösen. Wie schon angesprochen wurde, handelt es sich definitiv um ein Bundesthema. Die Bundesregierung hat im BfArM bereits eine Stelle eingerichtet, die sich mit Versorgungsempässen beschäftigt, mit den Akteuren zusammenarbeitet und schaut, wie man das beheben kann.

Wir müssen das auf Bundesebene und mit unseren europäischen Partnern lösen. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen können wir es nicht lösen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung folgt nun Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich alles gesagt. Diese Problematik ist auf jeden Fall auf Landesebene nicht leicht zu lösen, weil man europäische Lösungen braucht.

Der zweite Punkt ist – das will ich an dieser Stelle einmal in die Debatte einführen –, dass Gesundheitspolitiker, egal, auf welcher Ebene sie unterwegs sind, immer etwas auf zwei Schultern tragen. Auf der